

# FDP DESSAU-ROSSLAU

Die Liberalen

**MITTEILUNGSBLATT 4/2011**

**November 2011**

**des FDP-Kreisverbandes der Stadt Dessau-Roßlau**

**Liebe Parteifreundinnen,  
liebe Parteifreunde, liebe Freunde der FDP,**

im Januar 2009 habe ich in einer Zuarbeit zu unserem Mitteilungsblatt die rhetorische Frage gestellt, ob es ein positives Jahr für unsere Partei werden würde und ob dieser Trend sich fortsetzen könnte. Alle Indikatoren ließen nur eine Bejahung zu.

Wir wissen jetzt nach fast drei Jahren, dass dieser Optimismus nach Eintritt in die Regierungsverantwortung jäh endete und ein stetiger Sinkflug bei Einfluss und Beliebtheit einsetzte. Unglückliches Agieren verantwortlicher Personen, das zu innerparteilichem Gezeter und Koalitionsstreit zwangsläufig führt, überdeckten das gute Management bei der Bewältigung der Weltwirtschaftskrise. Dieses Erscheinungsbild wurde von der Opposition und einem Großteil der Medien dankbar aufgegriffen und bis zum heutigen Tag zu Häme und Totalverriss genutzt. Das ist scheinbar schon Kult geworden.

Ich hatte gehofft, dass nach dem Parteitag in Rostock eine Besserung eintreten würde. Das war offensichtlich ein Irrtum. Auch die mir bekannten Ergebnisse des Sonderparteitages am 12. und 13. November in Frankfurt/Main lassen mich skeptisch bleiben.

Kurz: Die Partei befindet sich heute in einem beängstigenden Zustand. Was machen wir denn so falsch? Ich hatte im Leitartikel unseres Mitteilungsblattes vom April 2011 versucht, einige Gründe für die missliche Situation zu formulieren. Heute, mehr als ein halbes Jahr später, will ich es wieder versuchen. Beim Nachdenken darüber muss ich leider feststellen, dass mir nicht viel Neues einfällt; also hat sich aus meiner persönlichen Sicht auf die Dinge kaum etwas geändert. Das ist ärgerlich! Ich fange mit der Steuersenkung an. Im Wahlprogramm vor zwei Jahren hatten wir ein mehr an Netto vom Brutto versprochen. Warum kann das nicht so realisiert werden, dass es nicht zwangsläufig zu einer Erhöhung der Neuverschuldung des Staates oder zu Abstrichen bei der Verwendung der sprudelnden Steuermehreinnahmen zum Schuldenabbau kommt? Angesichts der schweren Finanzkrise durch die ausufernden Schulden in Griechenland und anderswo hat die Mehrheit der Deutschen längst begriffen, dass gepumpte Steuersenkungen nicht erstrebenswert sind. Wäre es denn ein Vergehen an der sozialen Marktwirtschaft, die ganz großen Verdiener (oder Geldeinnehmer) an der Umsetzung des hehren Zieles eines Abbaues der sogenannten kalten Progression durch Erhöhung ihrer Abgaben zu beteiligen? Und warum verfolgen wir nicht unser ursprüngliches Ziel der Einführung eines einfacheren und gerechteren Steuersystems? Nutznießer wäre doch unsere eigentliche Klientel: der steuergeplagte Mittelstand, der doch unbestritten und zunehmend zur Erhaltung unserer Sozialsysteme am meisten beitragen muss. Warum lassen wir es denn zu, dass die FDP nur noch als Steuersenkungspartei wahrgenommen oder darauf reduziert wird?

Und noch etwas: Warum suchen wir nicht intensiver nach einer Lösung, menschenwürdigere Löhne verbindlich durchzusetzen egal, ob das dann Mindestlohn oder Anhebung der Lohnuntergrenze heißt. Der Eindruck ist doch so, dass die FDP hier durch Sturheit glänzt und das Klischee der sozialen Kälte bedient.

**Unsere Senioren-Jahresabschlussfeier findet am Freitag, 02. Dezember 2011, ab 15.00 Uhr in der Dessauer Gaststätte Bistro Merci statt**

Ich denke, dass zum Liberalismus neben Wirtschaftskompetenz auch genauso wertig Themen wie Bildung, Forschung, Kinderbetreuung, Ausbau demokratischer Bürgerrechte und Verteidigung der Freiheit unserer Gesellschaft forciert werden müssen. Natürlich steht das irgendwo in unseren Parteiprogrammen, aber die Präsenz im politischen Alltag und der laute Wille zu deren Umsetzung ist nach meinen Eindrücken nicht sehr ausgeprägt. Eigentlich sind doch die Spielräume für uns im politischen Spektrum der Parteien größer geworden.

Die CDU unter Frau Merkel wendet sich zunehmend sozialdemokratischen Themen zu und stört die Grünen in ihrem ökologischen Alleinvertretungsanspruch erheblich. Die SPD weiß eigentlich gar nicht so recht, was sie will, den Ideen Schröders und Steinbrücks oder Nahles' und Stegners folgen. Damit möchte ich meine feste Überzeugung äußern, dass eine liberale Partei in diesem Land nötig ist. Nur: Im Moment ist von einer liberalen Kraft nicht viel zu spüren und das Interesse der Wähler dementsprechend gering.

Henning Gehrt

Stellv. Vorsitzender des KV Dessau-Roßlau

## Aus der Stadtratsfraktion

Ein Amt, auch das Wahlamt eines Stadtrates, erzeugt Freiheit und Verantwortung gleichermaßen. Freiheit im Sinne möglicher Mitwirkung an Entscheidungen, Verantwortung im Sinne ihrer alleinigen Orientierung am Allgemeinwohl der Stadt. Das ist das Credo aller Mitglieder unserer Fraktion. Aus diesem grundsätzlichen Verständnis leiten sich zwanglos und folgerichtig die Haltungen ab, die wir bei derzeit strittigen Themen und Auseinandersetzungen im Stadtrat zur Geltung zu bringen versuchen. Skizzenhaft und exemplarisch könnte man sie etwa so ausdrücken:

- Wir sind für die Nordumgehung/Ostrandstraße mit zweiter Muldbrücke, aber gegen die derzeitige Weiterverfolgung des Projektes, weil seine Realisierung im vorgegebenen Terminrahmen wegen anstehender Klagen gegen Null geht und damit der Verlust unverzichtbarer Fördermittel (ca. 14 Millionen Euro) droht, die jetzt ersatzweise für die Ertüchtigung der Friedensbrücke genutzt werden können.
- Wir sind ebenso wie Roßlauer Kirchenvertreter für die Errichtung eines Altenheimes in der Roßlauer Altstadt und gegen ständige Nachforderungen gegenüber dem Investor bezüglich der Prüfung alternativer Standorte bzw. von planerischen Vorleistungen. Entscheidungen zum Standort und zur Gestaltung sind im Rahmen des Planungsverfahrens zu treffen, auf das der Investor einen Anspruch hat.
- Wir sind gegen die Umwandlung des Einkaufszentrums in Brehna zu einem Factory-Outlet-Center (FOC) oder dessen Aufwertung („Attraktivierung“) durch ein oberzentrales Angebot und folglich für die volle Ausschöpfung der Klagemöglichkeiten zur Verhinderung einer substantiellen Gefährdung der Dessauer Innenstadt.
- Wir sind für die Etablierung eines Medizinischen Versorgungszentrums in der Dessauer Innenstadt, aber gegen eine Diffamierung der dafür Verantwortlichen, weil sie die Realisierung nicht – wie erhofft – sofort, sondern erst nach Überwindung nicht von ihnen zu verantwortender bürokratischer Hürden erreichen können.
- Wir sind für die Wiederwahl der hochkompetenten und hochverdienten Sabrina Nußbeck als Beigeordnete für Finanzen, weil wir gegen eine Destabilisierung der Stadt durch einen weiteren weniger kompetenten und dem Oberbürgermeister gegenüber illoyalen Beigeordneten sind, wie dies das bisherige Verhalten des Kandidaten Matthias Bönecke erwarten lässt.
- Wir sind gegen die sich laufend wiederholenden scheinheiligen Attacken der Fraktionen von SPD, Die Linken und Pro Dessau-Roßlau auf den mit großer Mehrheit gewählten Oberbürgermeister. Sie beschädigen und verletzen nicht nur ihn, sondern auch das Klima in der Stadt und ihre Ausstrahlung und Wirkungsmöglichkeiten nach innen und vor allem nach außen.
- Wir sind für ein unverzichtbares Ausstellungs- und Besucherzentrum für das Bauhaus und gegen kleinmütige Standortdiskussionen, wie sie die Fraktion Pro Dessau-Roßlau mit Herrn Otto führt, weil sie trotz einmütiger Beschlusslagen nach außen gegenüber den Fördergebern den Eindruck der Zerissenheit der Stadt entstehen lassen.

So viel der Beispiele. In allen Fällen versuchen wir, unserer Haltung durch Argumente und Taten zum Durchbruch zu verhelfen. Bezüglich des Besucher- und Ausstellungsentrums etwa haben wir eine an den Landtag und die Landesregierung gerichtete Erklärung formuliert, die in der Stadt-

ratssitzung am 26.10.2011 einmütig beschlossen wurde. Diese Erklärung, die dem Landtagspräsidenten und jedem Mitglied des Landtages sowie dem Ministerpräsidenten und jedem Minister inzwischen zugereicht worden ist, wird nachfolgend im Wortlaut wiedergegeben.

Dr. rer. nat. habil. Jürgen Neubert  
Fraktionsvorsitzender

## Anlage

### **Zur Notwendigkeit eines Besucher- und Ausstellungszentrums für das Bauhaus – ein Appell an den Landtag und die Landesregierung von Sachsen-Anhalt**

Erklärung des Stadtrates der Stadt Dessau-Roßlau vom 26. Oktober 2011

Sachsen-Anhalt beherbergt vier UNESCO-Welterbestätten. Zwei von ihnen – die Luthergedenkstätten in Wittenberg sowie das Bauhaus und die Meisterhäuser in Dessau – heben sich durch ihre fortwirkende Weltgeltung heraus und prägen in einmaliger Weise das internationale Image unseres Landes:

Die **Luthergedenkstätten** als Orte, an denen die Reformation ihren Ausgang nahm. Bis heute prägen die religiösen und gesellschaftlichen Entwicklungen, die dort begannen, Deutschland, Europa und die Welt. 2017 wird es 500 Jahre her sein, dass Martin Luther seine 95 Thesen an die Tür der Wittenberger Schlosskirche schlug. Dieses Jubiläum – auf das in der laufenden Lutherdekade hingearbeitet wird – verspricht ein Weltereignis zu werden. Eben deshalb und zu Recht unterstützt und fördert das Land Sachsen-Anhalt dessen Vorbereitung und Ausgestaltung auf großzügigste Weise mit hohen zweistelligen Millionenbeträgen.

Das **Bauhaus**, Deutschlands berühmteste Kunst- und Designeinrichtung der klassischen Moderne, 1919 von Walter Gropius gegründet, hatte seinen Hauptwirkungsort in Dessau. Es ist Zeugnis und Inbegriff einer bahnbrechenden kulturellen Entwicklung und Veränderung, die bis heute fortwirkt, weltweit rezipiert, gewürdigt und hinsichtlich des Anspruchs an Gestaltung reflektiert wird. Die Städte, die das Bauhaus vor und nach Dessau beherbergt haben, also Weimar und Berlin, haben dies längst erkannt. In Vorbereitung auf 100 Jahre Bauhaus und getragen von der Unterstützung ihrer Länder „wuchern“ sie nicht von ungefähr aus Imagegründen mit vorhandenen oder entstehenden Ausstellungszentren mit diesem „Pfund“, obwohl sie nur beschränkten Anteil daran haben. Dessau hingegen, der Ort also, in dem die Bauhausmeister ihre Vorstellungen nicht nur ausformen, sondern erstmalig in vielfältiger Weise verwirklichen konnten (z. B. im Bauhausgebäude selbst, in den Meisterhäusern, im Arbeitsamt, in der Siedlung Törten, in unzähligen Produkten modernen Designs.....), droht ins Abseits zu geraten. Und dies, obwohl die heutige Stiftung Bauhaus über die weltweit zweitgrößte Sammlung von Zeugnissen der Bauhausgeschichte verfügt, die freilich in Depots auf ihre längst fällige Präsentation in einer Ausstellung warten.

Das darf nicht sein. Dessau braucht ein Ausstellungszentrum, in dem die Besucher der Bauhausbauten und die an der Idee des Bauhauses Interessierten aus aller Welt endlich das vorfinden, was sie zur Zeit vermissen: Eine Ausstellung, die über die reichlich vorhandenen architektonischen Zeugnisse hinaus ein umfassendes Bild der Intentionen, der Arbeitsweise und der lokalen wie weltweiten Ergebnisse der Bauhäusler präsentiert.

Unser Land begeht am Ende dieses Jahrzehnts also gleich zwei Ereignisse von Weltgeltung: 500 Jahre Reformation 2017 und 100 Jahre Bauhaus 2019. Sie haben – bei aller Unterschiedlichkeit – vergleichbaren Rang und stehen für progressive gesellschaftliche Entwicklungen, die hier ihren Ausgang genommen haben und bis heute weltweit fortwirken. Sie zum – auch internationalen – Ansehen unseres Landes zu nutzen, muss zu den vornehmsten Aufgaben der Entscheidungsträger zählen. Die Stadt Dessau-Roßlau, die mit der eigenständigen Bewältigung dieser Aufgabe überfordert ist, appelliert daher an die Landesregierung und den Landtag, der Stadt im wohlverstandenen Interesse des Landes auch weiterhin die erforderliche (in Thüringen und Berlin selbstverständliche) Unterstützung bei der Errichtung eines Besucher- und Ausstellungszentrums für das Bauhaus zu geben. Die insgesamt zu kalkulierende Größenordnung von ca. 15 Millionen Euro ist zwar erheblich,

gemessen an den beschlossenen Aufwendungen für das Reformationsjubiläum hingegen bescheiden. Von der Haltung des Landes wird es im übrigen auch abhängen, ob vom Bund für diese Zwecke zugesagte Mittel von ca. 5 Mio. Euro verfügbar bleiben. In großer Not, im Wettbewerb andernfalls nicht bestehen zu können, bittet die Stadt Dessau-Roßlau daher den Landtag und die Landesregierung im Interesse des internationalen Ansehens unseres Landes, baldmöglichst fraktions- bzw. ressortübergreifend entsprechende Entscheidungen zu treffen und die Stadt darüber in Kenntnis zu setzen.

Diese im Stadtrat einstimmig gefasste Erklärung unterzeichnen für die Stadt Dessau-Roßlau

Dr. Stefan Exner, Vorsitzender des Stadtrates; Klemens Koschig, Oberbürgermeister; Hans-Joachim Mau, Vorsitzender der CDU-Fraktion; Ralf Schönemann, Vorsitzender der Fraktion Die Linke; Ingolf Eichelberg, Vorsitzender der SPD-Fraktion; Matthias Bönecke, Vorsitzender der Fraktion Pro Dessau-Roßlau; Dr. Ralf-Peter Weber, Vorsitzender der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen; Dr. habil. Jürgen Neubert, Vorsitzender der FDP-Fraktion; Klaus Tonndorf, Vorsitzender der Fraktion Neues Forum

## Verschiedenes

Unser Parteifreund Gerhard Jahnke ist am Reformationstag, dem 31. Oktober d. J., von der Evangelischen Landeskirche Anhalts mit dem Anhalter Kreuz ausgezeichnet worden. Diese Ehrung erfahren alljährlich Ehrenamtliche aus Kirche und Diakonie. Gerhard Jahnke wurde diese Auszeichnung zuteil für ehrenamtliches Wirken als Mitglied in Gemeindegremien, speziell aber in der Philipp-Melanchthon-Gemeinde (De.-Alten) und im Parochialverband für seine jahrzehntelange Tätigkeit als Zuständiger für Finanzen. Herzlichen Glückwunsch!

\*

Kürzlich ist im First minute Taschenbuchverlag Emsdetten von unserem Parteifreund Joachim Specht der australische Abenteuerroman „Pinubi“ erschienen (ISBN 978-3-932805-64-6; Preis 14,00 €). Es ist bereits das 13. Specht-Buch dieses Verlags.

\*

Am 02. September konnte unser Kreisverband – nun schon traditionell – sein Sommerfest mit Mitgliedern und Sympathisanten, diesmal an/in der Gaststätte zum Tannenheger, feiern. Besondere Gäste waren Staatsministerin Cornelia Pieper, MdB, Veit Wolpert, FDP-Landesvorsitzender, und Andreas Schnurpel, FDP-Landesgeschäftsführer. Unser Dank gilt denen, die mit großen und kleinen Spenden und deren Akquisition das Sommerfest ermöglicht haben.

\*

In unserer Fraktionssitzung am 05. September hatten wir Besuch vom neu gegründeten Migrantenrat unserer Stadt. Aus dessen fünfköpfiger Koordinierungsgruppe waren Mika Kaiyama (japanische Gruppe) als Sprecherin der Koordinierungsgruppe und Razak Minhel (Multikulturelles Zentrum) als deren Koordinator unsere Gäste. Die Koordinierungsgruppe setzt sich für eine Verbesserung des Dialogs zwischen den Migrantenorganisationen, der kommunalen und Landesverwaltung sowie weiteren Verbänden und Institutionen ein. Der Migrantenrat möchte einen Beitrag zur nachhaltigen Förderung der Integration von Migranten leisten. Die Gesprächsrunde ist sehr positiv zu bewerten. Die Absicht des Migrationsrates, integrationswillige Migranten zu fördern und sie in unser gesellschaftliches Leben einzugliedern, sollte wirksam unterstützt werden.

\*

Anlässlich des bundesweiten Vorlesetages war unsere Fraktion von der Klasse 3 c der Grundschule am Luisium (Klassenlehrerin Frau Schneider) zu einer Vorlesestunde eingeladen worden. Der Einladung gefolgt sind unsere Stadträtin Karin Dammann und Fraktionsmitarbeiter Manfred Hoffmann, die einige Leseproben gaben aus Büchern, die sie als Kinder gelesen haben. Die Stunde fand in einer sehr lockeren Atmosphäre statt; die Kinder waren mehr als erwartet aufgeschlossen und fragelustig. Am Ende waren alle Beteiligten der Meinung, dass beide Seiten Geber und Nehmer gewesen sind.

„Am 13. September 1886 leuchteten in Dessau zum ersten Mal elektrische Lampen.“ So wird im Faltblatt des Strommuseums der Stadtwerke Dessau informiert. Aus Anlass des 125-jährigen „Strom“-Jubiläums hatten die Stadtwerke Vertreter der Kommune, Parteien und Institutionen zu einer sehr interessanten und detaillierten Veranstaltung/Führung ins Strommuseum (mit Blick auf den **Elb-Strom**) eingeladen. Die Interessengemeinschaft öffentliche Energieversorgung, bestehend aus pensionierten „Stromern“, die mit viel Engagement das Museum mit einer großen Anzahl Exponate aus den letzten 125 Jahren aufgebaut hat, hat den Gästen rund zwei Stunden lang Einblick in die Stromversorgungsgeschichte vermittelt, und man konnte spüren, dass sie in diesem Ehrenamt aufgehen. Leider gibt es unter der Folgegeneration offensichtlich wenig Interessenten, die die Arbeit der sieben „Stromer“ weiterzuführen bereit sind. Das Museum ist jeden ersten Mittwoch im Monat von 10:00 bis 16:00 Uhr geöffnet. Für Gruppen sind Sondervereinbarungen möglich.

\*

**Berichtigungen:** Im Mitteilungsblatt 3/2011 hatten wir im Leitartikel berichtet, dass Cornelia Pieper Ehrenprofessorin der Universität Warschau geworden sei. Wir waren fehlinformiert. Die Ehrenprofessur ist Cornelia Pieper von der Humanistisch-Naturwissenschaftlichen Universität „Jan Kachonowski“ Kielce verliehen worden, was den Wert der Auszeichnung selbstverständlich nicht schmälert.

\*

Der von Allard von Arnim geleitete Fachausschuss heißt korrekt LFA Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung und Finanzen.  
Sprecher für Umwelt in der Parlamentarischen Arbeitsgruppe der Landes-FDP ist Sven Haller.

*Die Redaktion*

## Lesermeinung

Bezugnehmend auf den Leitartikel ein Ausspruch von Mark Twain: „Wenn du merkst, dass Du zur Mehrheit gehörst, wird es Zeit, deine Einstellung zu revidieren.“ Zu sehr sollte unsere Partei diesem Ausspruch aber nicht folgen. Ich denke gerade jetzt, da die unverzeihliche Panne mit dem Rechtsextremismus passiert ist, darüber nach, ob es richtig ist, dass sich die Justizministerin nicht zur Vorratsdatenspeicherung entschließen kann. Vor Jahren ist sie am Mitgliederentscheid zum sogenannten Lauschangriff gescheitert. Allgemeinwohl sollte Vorrang haben.

Wenn die Bundesregierung jetzt auf FDP-Vorschläge eingeht, finden Oppositionspolitiker alles für völlig unzureichend, obgleich sie selbst, als sie regierten, nicht ansatzweise Schritte in die Richtung getan haben. Und wenn der als Außenminister blasse Steinmeier im Bundestag gegenüber der Kanzlerin und ihrer Koalition öffentlich den „Scheibenwischer“ zeigt, sollte er wissen, dass im Straßenverkehr so etwas strafbar ist. SPD-Chef Gabriel äußert sich zur Regierungsarbeit mit Goethes „Zauberlehrling“: „Die ich rief, die Geister...“. Es waren für den Zauberlehrling Geister, aber es war nur ein Zauberlehrling, bei Gabriel waren es mehrere. Etwas ganz Neues hat der Grüne Trittin am Bundesaußenminister entdeckt: Er nennt Westerwelle jetzt eine lahme Ente. Publisty ist alles.

Nun zur Landespolitik:

Als Ministerpräsident Haseloff noch Wirtschaftsminister in Sachsen-Anhalt war, hat er sich auf dem OB-Neujahrsempfang in Dessau-Roßlau zu den Bemühungen um den Anschluss des Wörlitzer Winkels an Dessau-Roßlau geäußert, er sei „positiv neutral“. Wenige Wochen später hat er in Waldersee gesagt, dass alles gelaufen sei. Als Ministerpräsident hat er im August in Prussendorf Hoffnung auf Rettung des Landesgestüts gemacht und steht in Magdeburg zum Kabinettsbeschluss, der einen Verkauf vorsieht. Schlussfolgerung: Haseloffs Vorort-Äußerungen sollte man – um es vorsichtig auszudrücken – nicht überbewerten. Auch sein Wahlversprechen, den dualen Ausbildungsgang Berufsausbildung mit Abitur in Sachsen-Anhalt wieder einzuführen, hat wohl nur bis zur Landtagswahl gegolten. Nicht einmal der Kultusminister kann sich dazu verbindlich äußern. Die Kommunikation klappt nicht. Stattdessen entscheiden in unserem Bundesland inzwischen wieder allein die Eltern darüber, ob ihre Kinder nach Abschluss der vierten Klasse ihre Ausbildung am Gymnasium fortset-

zen sollen. Eine objektive Empfehlung/Entscheidung durch die Schule, wie es unter der CDU/FDP-Regierung beschlossen worden war, dürfte für die Schüler dienlicher gewesen sein. (In diesem Zusammenhang aus meiner Schulzeit: 1944 bin ich nach Abschluss der 4. Klasse in die Hauptschule (Mittelschule) versetzt worden, sofern mich meine Eltern nicht einer höherstufigen Einrichtung zuführen. (Als vorsichtiger Mensch betone ich, dass ich damit ausdrücklich kein Befürworter des Nationalsozialismus bin.) Und selbst 1948, in der sowjetischen Besatzungszone, bin ich von der Grundschule (8. Klasse) in die Oberschule versetzt worden. Die Entscheidungen durch die Schule haben mir m. E. nicht geschadet.)

Seit kurzem bin ich Besitzer eines neuen Personalausweises. Nun weiß ich, dass ich in DESSAU-ROßLAU wohne. Ich weiß nicht, ob die DDR oder die Bundesrepublik diese Vergewaltigung der deutschen Schrift erfunden hat; schon mein Dienst(reise)pass der DDR ist 1978 vom VPKA ROßLAU ausgestellt worden. Der 27. (Hilfs-)Buchstabe des deutschen Alphabets ist im Ausland weitgehend unbekannt und wird oft als „B“ gedeutet. Aber eigentlich sollte das bald bedeutungslos sein; denn die Regierung des Stadtstaates Hamburg hat jetzt beschlossen, die Schulanfänger nicht mehr die bislang in Deutschland einheitliche Schreibschrift zu lehren, sondern eine Hamburger Schreibschrift zu vermitteln. Vielleicht erfinden die übrigen 15 Bundesländer jedes für sich auch bald eine eigene Schrift. In Sachsen-Anhalt hat es mit Beginn des neuen Schuljahres auch entsprechende Versuche gegeben. Hoch lebe der Föderalismus! Aber sehen wir es positiv: Vielleicht hindert es junge Familien, aus unserem Bundesland wegzuziehen, wenn anderswo nicht nur die Lehrpläne anders sind als in Sachsen-Anhalt, sondern auch die Schrift.

Nun noch ganz kurz etwas Lokales: Zur Wilhelm-Wagenfeld-Ausstellung hatte die Stiftung Bauhaus zur Finissage eingeladen und ebenso die lokale Presse. Versuchen Sie bitte mal im Duden oder im Internet das Wort „Finissage“ zu finden!

Mit großem Erfolg und gelungener Zusammenarbeit mit den Bühnen in Weimar und Stuttgart hat das Anhaltische Theater (ATD) Modest Mussorgskis „Chowantschina“ aufgeführt. Im Programm-Flyer des ATD kann man lesen: „... Zentrum der Inszenierung ist der ... Rote Platz ... , Symbol ... der spontanen Erhebungen und ihrer brutalen Niederschlagungen, ... aber ... auch Ort der spontanen Demonstrationen immerwährender Hoffnungen des Volkes. Wir selbst haben es 1989 ... erlebt, ... Andrea Moses knüpft an ... die Volksbewegung 1989 an und kritisiert diese zugleich als halbvollendet, steckengeblieben und versandet im politischen Alltagsgeschäft.“ Was soll man dazu sagen? Vielleicht wissen Sie es, liebe Leser. Manfred Hoffmann

\*

Lesermeinungen mit Namensnennung des Verfassers drücken nicht unbedingt den Standpunkt des Kreisvorstandes oder der Stadtratsfraktion aus.

\*

Wir rufen unsere Leser auf, durch eigene Beiträge das Mitteilungsblatt zu beleben und mitzugestalten.

\*

Sie dürfen unser Mitteilungsblatt gern an Freunde weitergeben oder uns deren Anschrift mitteilen, wenn Bezugsbedarf besteht.

\*

Liebe Leser, wenn Sie eine Email-Anschrift besitzen und über diese Anschrift unser Mitteilungsblatt beziehen wollen, teilen Sie uns das bitte mit! Dadurch erhalten Sie das Mitteilungsblatt auf schnellstem Weg und minimieren unsere Versandkosten.

## Herzlich zum Geburtstag gratulieren wir

nachträglich allen Mitgliedern, die im Oktober und November Geburtstag hatten bzw. im Dezember und Januar Geburtstag haben.

Besonders gratulieren wir

Peter Grosser zum 70. Geburtstag am 06. Oktober

Siegfried Wentzkat zum 65. Geburtstag am 27. Oktober

Bärbel Reichardt zum 60. Geburtstag am 12. Januar

## Termine

Unsere **Senioren-Jahresabschlussfeier** findet am **Freitag, 02. Dezember 2011**, ab **15.00 Uhr** in der **Gaststätte Bistro Merci**, Am Lustgarten 6, statt. Wir bitten um telefonische Teilnahmemeldungen an unsere Geschäftsstelle.

### **Liberale Stammtische** (für Parteifreunde und Interessierte)

finden erst wieder im Februar 2012 statt.

Unsere Stammtische sind grundsätzlich offen für alle Interessierten unabhängig von deren Wohngebiet. Bei den Liberalen Stammtischen werden Sie von Vorstands- und Fraktionsmitgliedern über das jeweils Aktuelle in der Politik, vor allem aber auch in der Kommunalpolitik, informiert.

**Übrigens:** Wenn Sie aktuell über die Arbeit der Bundes- und der Landes-FDP informiert sein wollen, können Sie das Internet mit folgenden Adressen nutzen:

<http://www.fdpdessau-rosslau.de>

[www.fdp-sachsen-anhalt.de](http://www.fdp-sachsen-anhalt.de)

[www.fdp.de](http://www.fdp.de)

Liebe Mitglieder, denken Sie bitte an die pünktliche und satzungsgemäße Beitragszahlung!

Konto des FDP-Kreisverbandes Dessau-Roßlau bei der Volksbank Dessau-Anhalt

Kto.-Nr. 1 290 002            BLZ 800 935 74

Unsere Mitglieder bitten wir, bei Anschrifts- und Kontoänderungen kurzfristig unsere Geschäftsstelle zu informieren.



Ein **gesegnetes friedliches Weihnachtsfest** sowie ein **gesundes neues Jahr** allen Mitgliedern und Freunden der FDP.

**KRIEG & WITTOR**  
SANITÄR- UND HEIZUNGSTECHNIK

Uwe Krieg  
Betriebswirt  
Gebäudeenergieberater

Handwerkerstraße 4  
06847 Dessau-Roßlau  
Tel.: 03 40/51 51 14  
Fax: 03 40/51 51 16

Funk: 0163 7151140  
www.krieg-wittor.de  
Krieg-Wittor@t-online.de

Handwerklicher Hausmeisterservice von A-Z

**Peter Nowak**  
Wasserstadt 46, 06844 Dessau  
0174 / 91 69 89 2  
e-mail: hausmeisterabisz@web.de  
privat: Flössergasse 26, 06844 Dessau  
Tel: 0340 / 2209236

**DRUCKEREI WIEPRICH**  
Wasserstadt 31, 06844 Dessau-Roßlau

Telefon (0340) 2 21 29 62  
Telefax (0340) 8 60 78 97  
E Mail: post@druckereiwieprich.de

Mit Ihrer Empfehlung in unserem Mitteilungsblatt machen Sie kostengünstig auf Ihr Unternehmen aufmerksam und unterstützen gleichzeitig die Herausgabe und den Vertrieb unseres Blättchens. Nutzen Sie diese Möglichkeiten! Fragen?  
Rufen Sie uns an: 03 40 - 21 42 48

Herausgeber:  
FDP-Kreisverband Dessau-Roßlau  
Vorsitzender: Manfred Bähr  
Redaktion: Manfred Hoffmann  
Email: [kreisverband@fdpdessau-rosslau.de](mailto:kreisverband@fdpdessau-rosslau.de)  
Zerbster Str. 6, 06844 Dessau-Roßlau  
Telefon: 03 40 – 21 42 48  
Internet: <http://www.fdpdessaurosslau.de>

FDP-Fraktion im Stadtrat Dessau-Roßlau  
Vorsitzender: Dr. Jürgen Neubert  
Email: [fraktion@fdpdessau-rosslau.de](mailto:fraktion@fdpdessau-rosslau.de)  
Fax: 03 40 – 2 50 88 41